Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1900

23 (15.1.1900) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe: Wöchentl. zwölf mal. Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung

mit Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Lokale Inserate 15 Pf., für auswärtige, Inserate 20 Pf. im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Parlaments-Ausgabe. Karlsruhe, den 15. Januar 1900.

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

127. Sitzung vom 13. Januar.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

1 Uhr. Am Bundesrathstisch: Graf v. Posadowsky u. A.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. **v. Kardorff** (Rp.) als Vorsitzender der Budgetkommission entsprechend einem Wunsche der Budgetkommission, daß auch der Etat der Reichsdruckerei der Budgetkommission überwiesen werden möge.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Sodann setzt das Haus die zweite Berathung des Etats des Reichsamts des Innern fort beim Kapitel „Allgemeine Fonds".

Beim Titel „Zur Förderung der Binnenfischerei" bemerkt

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (fr. Vp.): Die Position zur Förderung der Binnenfischerei, die früher 55 000 Mk. betrug, ist jetzt auf 85 000 erhöht worden. Begründet wird diese Forderung mit dem Hinweis auf erneute biologische Forschungen. Ich bitte um Mittheilungen, wie diese Forschungen vor sich gehen sollen und wodurch Gewähr geleistet wird, daß diese Forschungen in zweckdienlicher Weise geschehen. Leider hat bisher der Binnenfischereiverein nicht solche Erfolge gehabt, wie der Seefischereiverein, doch mag dies an der Schwierigkeit der Verhältnisse der Binnenfischerei und an dem größeren Reichthum der Meere an Fischarten liegen.

Staatssekretär Graf **von Posadowsky:** Der Binnenfischereiverein kann nicht eine so einheitliche Wirksamkeit ausüben, wie der Seefischereiverein, er muß sich im Wesentlichen auf lokale Veranstaltungen beschränken. Es soll jedoch jetzt eine Untersuchungsstelle für Fischzucht mit Unterstützung der bairischen Regierung in München gebildet werden, die im Verein mit dem biologischen Institut des Reichsgesundheitsamtes sicherlich die günstigsten Wirkungen ausüben wird. Ferner habe ich die Herausgabe von kurzen sachlichen Handbüchern über die Fische der einzelnen Gegenden, ihre Aufzucht, ihre Ernährung, ihre Krankheiten u. s. w. angeregt, die sicher dazu beitragen werden, daß sich der Binnenfischereiverein mehr einer praktischen Thätigkeit zuwenden wird.

Abg. **Rickert** (freis. Ver.) hält die Bemerkungen des Abg. Dr. Müller-Sagan über den Binnenfischereiverein nicht für berechtigt, in Westpreußen hätte dieser Verein wenigstens sehr günstige Erfolge erzielt.

Abg. Dr. **Hermes** (freis. Vp.): Die Erhöhung der Position für Binnenfischerei ist sehr dankenswerth, es ist hier noch viel zu thun, z. B. ist man noch immer über die Natur der Krebspest nicht genügend orientirt. Doch ist es gerade auf diesem Gebiete kaum möglich, die wissenschaftliche von der praktischen Seite zu trennen. Deshalb würde es wohl nothwendig sein, dem Binnenfischereiverein einen Biologen beizugeben.

Beim Titel „Für die Herausgabe des „Deutschen Handelsarchivs" führt

Abg. Dr. **Paasche** (nl.) aus: Ich möchte dem Reichsamt des Innern meine wärmste Anerkennung aussprechen für die Herausgabe der „Nachrichten für Industrie und Handel" sowie die „Berichte" über Industrie und Handel. Diese neuerdings erfolgten Publikationen sind eine werthvolle Ergänzung des schon älteren Handelsarchivs. Wenn sie auch naturgemäß noch nicht vollkommen sind, so haben sie doch eine Lücke ausgefüllt, die immer mehr fühlbar geworden war. Vor allen Dingen muß hervorgehoben werden, daß die Zahlen durchaus zuverlässig sind, was man z. B. von den amerikanischen Berichten nicht immer sagen kann. Die Nachrichten, die in diesen Publikationen mitgetheilt werden, scheinen ja oft unbedeutend zu sein; aber gerade die unscheinbarsten Nachrichten sind oft die wichtigsten. Es wird sofort Alles mitgetheilt, was auf handelspolitischem Gebiet irgendwo vorfällt, und Jeder, der sich dafür interessirt, kann sich hier jederzeit orientiren. Wir sind in diesen handelspolitischen Uebersichten thatsächlich allen andern Ländern voraus. Uebrigens sind sie auch für die Landwirthschaft vom größten Werthe. Diese verdienstvolle Thätigkeit des Reichsamts des Innern würde aber eine noch kräftigere Wirkung haben, wenn die „Nachrichten" und die „Berichte" noch mehr als bisher Jedermann zugänglich gemacht würden. In Amerika wird ein Jahrbuch mit ähnlichem Inhalt herausgegeben, das in 350 000 Exemplaren hergestellt und an Jedermann unentgeltlich abgegeben wird. Hierin müssen wir meines Erachtens nachfolgen; denn die Berichte müssen so viel wie möglich verbreitet werden, auf die Gefahr hin, daß viele Exemplare ungenützt bei Seite gelegt werden. Die Berichte müssen wirklich in das Volk dringen und nicht blos von Korporationen gebraucht werden.

Staatssekretär Dr. Graf **v. Posadowsky:** Die nächsten Jahre werden schon wegen des neuen Zolltarifs und der neuen Handelsverträge sehr wichtige handelspolitische Debatten bringen. Ich hielt es für nützlich, die Kenntniß handelspolitischer Dinge, namentlich der Entwickelung unserer Konkurrenzländer in authentischen Darstellungen möglichst zu verbreiten, und ich hoffe, daß durch die Nachrichten und die Berichte, welche auch für die Landwirthschaft große Bedeutung haben, das Verständniß für Handelspolitik wesentlich gefördert wird. Die Nachrichten haben wir bisher Jedem unentgeltlich zugehen lassen, der sie verlangte, und wir werden das auch fernerhin thun. Die Berichte allerdings werden von einem Unternehmer herausgegeben, der die Kosten trägt und selbstverständlich auch event. einen Gewinn hat. Sollte sich aber eine weitere Verbreitung der Berichte als wünschenswerth und nothwendig herausstellen, so werde ich dafür sorgen, daß die Interessenten auch sie unentgeltlich erhalten können.

Bei der Position „zur Aufwendung für Einrichtungen und Veranstaltungen, welche dem allgemeinen Interesse des deutschen Handels und Gewerbes dienen" fragt

Abg. Dr. **Eickhoff** (freis. Vp.) an, ob es wahr sei, daß aus diesen Fonds ein thüringischer Exportverein mit 15 000 Mk. unterstützt worden sei. Es sei diese Notiz durch die Zeitungen gegangen und hätte in Handelskreisen vielfach unliebsames Aufsehen erregt. Wenn von Staatswegen einzelne Exporteure unterstützt würden, so würde dadurch anderen Konkurrenz gemacht und die ohnehin schon niedrigen Preise noch mehr gedrückt.

Staatssekretär Graf **von Posadowsky:** Es handelt sich um die Unterstützung einer Genossenschaft, die sich gebildet hat, um den Export der thüringischen Kleinindustrie zu fördern. Es sollte zu diesem Zwecke besonders ein Exportmusterlager in Sidney gegründet werden. Die großherzoglich weimarische Regierung hat diese Forderung unterstützt, und nachdem ich einen Kommissar zur näheren Untersuchung hingeschickt habe, nahm ich keinen Anstand, aus dem mir zur Verfügung stehenden Fonds die 15 000 Mk. zu bewilligen. Ich glaube, daß ich damit ein gutes Werk gethan habe, da ich einer kleinen, schwer bedrängten Industrie neue Absatzquellen in einem fernen Welttheil eröffnete.

Abg. Dr. **Müller-Sagan** hält es nicht für gerechtfertigt, in solcher Weise eine einzelne Industrie fortdauernd zu unterstützen.

Staatssekretär Graf **von Posadowsky** erwidert, daß es sich nicht um eine fortdauernde, sondern nur um eine einmalige Unterstützung handle.

Beim Kapitel „Reichsschulkommission" bittet

Abg. Dr. **Eickhoff** den Staatssekretär um seine Unterstützung in der Frage der Zulassung der Realschulabiturienten zum medizinischen Studium.

Staatssekretär Graf **von Posadowsky:** Ich stehe in dieser Frage auf einem modernen Standpunkt. Ebenso wie ich entschieden dafür eingetreten bin, daß weibliche Personen die Approbation als praktische Aerzte erlangen können, so möchte ich mich auch nicht ablehnend gegenüber der Frage verhalten, die der Vorredner angeregt hat. Der Kreis der Aerzte wird ein sehr geringer sein, der die Urquellen griechischer und lateinischer Autoren im Urtext studirt. Denn diese haben heute doch nur noch ein historisches Interesse. Die Aerzte werden sich jetzt weit mehr dem Studium der Forschungen unserer großen modernen Aerzte zuwenden. Ich könnte mir also wohl denken, daß man Realschulabiturienten unter Umständen den Zutritt zu den ärztlichen Prüfungen eröffnete, vielleicht unter der Voraussetzung, daß der Unterricht im Lateinischen etwas vertieft und der Lehrplan der Realschulen etwas abgeändert würde. Ich bitte Sie jedoch, mich auf diese Erklärung hin nicht festnageln zu wollen, es ist dies meine rein persönliche Auffassung und ich kann keine Erklärung abgeben, wie sich die verbündeten Regierungen dazu stellen werden. Ich habe jedoch den Eindruck, daß die preußische Regierung gegenüber dieser Frage einen intransigenten Standpunkt nicht einnimmt. (Beifall.)

Abg. **Schrader** (fr. Vg.) hofft, daß es dem Staatssekretär gelingen werde, seiner Ansicht zum Siege zu verhelfen. Bisher wären alle derartigen Wünsche leider gescheitert, auch den Frauen würde das Studium noch immer sehr erschwert. Selbst wenn sie die Erlaubniß des Ministers hätten, müßten sie noch bei den einzelnen Professoren hausiren gehen. Es sei daher dringend zu wünschen, endlich einmal einheitliche Bestimmungen für das ganze Reich zu treffen.

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (frs. Vp.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Schrader an und fordert des Weiteren für die Zulassung zum veterinärwissenschaftlichen Studium das Maturitätszeugniß. Es sei ganz unbegreiflich, wie man bei dem heutigen Stande der veterinären Forschung die Zulassung zum Studium auf einer geringeren Vorbildung beruhen lassen könne als bei den Medizinern.

Abg. **Rickert** (frs. Vg.) befürwortet für die Frauen dringend die Zulassung zur Approbation als Aerztinnen, die sich als ein Gebot der Sittlichkeit erweise.

Staatssekretär Dr. Graf **von Posadowsky:** Darüber, ob die Vorbedingungen für die Zulassung zum thierärztlichen Studium zu verschärfen seien, schweben noch Erwägungen auf Grund einer darauf hinzielenden Petition, die dem Reichsgesundheitsamt zugegangen ist. In Oesterreich ist eine solche Verschärfung der Vorbedingungen eingeführt worden. Das hat aber die Folge gezeitigt, daß der Andrang zum thierärztlichen Studium erheblich nachgelassen hat und das ist auch bei uns von einer Vermehrung der Anforderungen an die Vorbildung zu erwarten; denn es liegt in der Natur der Sache, daß jemand, der eine auch für das medizinische Studium ausreichende Vorbildung besitzt, seine Thätigkeit lieber den Menschen zuwendet als den Thieren. — Hinsichtlich der Zulassung der Frauen zum ärztlichen Beruf ist eine Erwägung darüber im Gange, ob nicht eine Bundesrathsverordnung zu erlassen wäre, die auch diejenigen Frauen berücksichtigt, welche unter den Uebergangsbestimmungen leiden, das heißt: auch diejenigen Frauen in Preußen zum ärztlichen Examen zuläßt, die ihre Studien im Auslande gemacht haben, weil sie früher in Deutschland keine Gelegenheit dazu hatten. (Beifall.)

Abg. Dr. **Oertel** (kons.): In der Frage der Thierärzte stehe ich persönlich auf dem Standpunkt des Abg. Dr. Müller. Es kommt aber in der Hauptsache darauf an, daß wir Männer haben, die das Fleisch zu untersuchen verstehen. Die Forderung der Anstellung weiblicher Aerzte halte ich persönlich als moderner Mensch für im Interesse der Sittlichkeit und der Schamhaftigkeit liegend, dieser Forderung wird sich das 20. Jahrhundert nicht entziehen können. Was die Vorbildung für das medizinische Studium betrifft, so stehe ich nicht an, zu erklären, daß ich, obwohl ich selbst klassischer Philologe und früherer Schulmeister bin, sogar soweit gehen würde, nur Realabiturienten zuzulassen. (Widerspruch.) Ich will natürlich, da ich auf Widerspruch stoße, diese Anregung nicht weiter verfolgen. Vielleicht würde es sich empfehlen, auf den Realgymnasien von Obersekunda ab den griechischen Unterricht fakultativ einzuführen. Beim Physikum haben die Realgymnasialabiturienten im Durchschnitt besser abgeschnitten als die Gymnasialabiturienten. Es liegt gerade im Interesse des humanistischen Gymnasiums, so parador dies auch klingen mag, die Vorbildung der Mediziner dem Realgymnasium zu überlassen.

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (fr. Vp.) ist der Ansicht, daß wenn für Thierärzte das Reifezeugniß verlangt wird, die Zahl der Leute, die sich diesem Studium widmen, zunehmen wird, da sie dann nicht mehr als minderwerthig angesehen werden.

Bei dem Titel „Kommission für Arbeiterstatistik" spricht

Abg. **Reißhaus** (Soz.) den Wunsch aus, daß die Kommission eingehend die Lage der Heimarbeiter erforschen möge. Diese Arbeiter befinden sich in der jämmerlichsten Lage; so sind z. B. die in der thüringischen Spielwaarenindustrie thätigen Leute, trotzdem sie Tag und Nacht arbeiten und trotzdem auch die Kinder zum Unterhalt beitragen müssen, nicht in der Lage, sich anständig zu ernähren; sie leben von Kartoffeln, und wenn sie gerade einen Hund haben, genießen sie dazu Hundefleisch. Für die Anfertigung von Puppenhosen wird per Dutzend ½ Pfennig gezahlt, und wenn die Hosen mit Spitzen besetzt sind, 1½ Pfennig. Die kleinsten Puppenaugen werden mit 7 Pfennig pro Hundert bezahlt, und da müssen die Leute noch das Material liefern. Früher waren die Preise viel höher. Der Profit, den die Unternehmer von diesen Arbeitern erzielen, ist unverhältnißmäßig hoch. Auch die Wohnungen in den Industriedörfern, z. B. in Lauscha, sind ganz unverhältnißmäßig theuer, zum Theil geradezu unerschwinglich. Ebenso müssen die Leute das Holz aus dem Meiningenschen Forst so theuer zahlen, daß man geradezu von einem Blutgeld dafür reden kann.

Staatssekretär Graf **von Posadowsky:** Daß in der Hausindustrie grauenhafte Zustände herrschen, ist bekannt. Wir wissen, daß dort in ungenügenden Räumen gearbeitet wird und daß sehr niedrige Löhne bezahlt worden, ja daß zum Theil eine ganz unverantwortliche Ausbeutung dort herrscht. Alle gesetzlichen Schritte, die wir dagegen thun können, können sich doch aber nur auf den Schutz von Gesundheit und Leben der Arbeiter beziehen, auf die Normirung der Preise hat hingegen die Regierung keinen Einfluß. Die Zustände in der Spielwaren-Industrie, wie sie der Vorredner geschildert hat, decken sich so ziemlich mit den Verhältnissen der schlesischen Weber. Die preußische Regierung hat sich die denkbar größte Mühe gegeben, diese Weber anderen Berufen zuzuführen, aber das hat sich, soweit meine Kenntniß reicht, als vollkommen unmöglich erwiesen. Wenn die Leute für die Anfertigung von einem Dutzend Puppen von 23 Ctm. Länge z. B. nur 12 Pfennige verdienen, so kann man ihnen wirklich nur den Rath geben, bei dem jetzigen Arbeitermangel sich möglichst bald eine andere Thätigkeit zu suchen. (Sehr wahr! rechts.) Wie man da noch an einer solchen Arbeit hängen kann, ist mir unbegreiflich. Warum suchen sich die Leute nicht Berufe aus, in denen sie einen angemessenen Ertrag für ihre Arbeit erhalten? Wir beschäftigen uns mit der Hausindustrie sehr eingehend, aber was wir thun können, werden nur allgemein hygienische Maßregeln auf Grund der Gewerbeordnung sein; in das Verhältniß von Angebot und Nachfrage, in das Verhältniß der Preisregulirung sind wir absolut außer Stande einzugreifen. Wenn der Vorredner diesen unglücklichen Menschen wirklich helfen will, so mag er seine Bemühung darauf richten, ihnen Gelegenheit zur Ergreifung eines anderen Berufes zu geben. Wenn der Vorredner schließlich gesagt hat, das Geld, was die Meiningensche Regierung aus dem Holz ihrer Forsten bezieht, sei Blutgeld, so scheint mir das doch zu weit zu gehen. Der erste Grundsatz jeder Staatsverwaltung ist, keine Geschenke zu machen; sie muß die Preise nach Angebot und Nachfrage reguliren. Wenn sie das nicht thäte, so würde sie den ersten Grundsatz fiskalischer Verwaltung verletzen, sie würde Geschenke machen, und dazu ist kein Fiskus auf der Welt berechtigt.

Abg. **Reißhaus** (Soz.): Die Regierung kann sehr wohl einen indirekten Druck auf die Preisregulirung ausüben. Der Rath, die Hausindustriellen in Thüringen sollten andere Erwerbszweige ergreifen, ist vollkommen bureaukratisch. Die jungen Leute wandern allerdings aus; für die verheiratheten Leute geht das nicht so einfach. Die Regierung geht mit Lächeln an diesen Zuständen vorbei; wenn ich vorhin den Ausdruck „Blutgeld" gebraucht habe, so habe ich nicht zu viel gesagt.

Vizepräsident Dr. **v. Frege:** Der Ausdruck „Blutgeld" ist in dieser Verbindung nicht statthaft.

Abg. **Bebel** (Soz.): Wenn wir die Arbeiterschutzmaßregeln auf die Hausindustrie ausgedehnt hätten, so wären die Zustände nicht so jammervoll. In dem Maße, wie wir diese Maßregeln auf das Hausgewerbe ausdehnen, wird die Hausindustrie allmälig beseitigt werden; das ist der einzig mögliche Ausweg aus diesen Zuständen. Die Leute, die in diesen Zuständen leben, sind viel zu ausgemergelt und ungeschickt, als daß sie andere Erwerbszweige wählen könnten, wie der Herr Staatssekretär meint. Ich halte es für unbedingt nothwendig, daß sich die Kommission für Arbeiterstatistik mit den Zuständen in der Hausindustrie genau beschäftigt. Was die in einer der letzten Sitzungen berührte Bäckerei-Verordnung betrifft, so ist dieselbe sehr gut durchführbar und wird in sehr vielen Bäckereien eingehalten. Ich möchte dringend davor warnen, die Bestimmungen über die Ruhezeit einzuschränken. Ueber die Verhältnisse der im Gastwirthgewerbe Angestellten ergeben die statistischen Erhebungen, daß 83,6 Prozent aller Angestellten, eine Arbeitszeit von 14 Stunden und darüber haben. Die Verordnung, die daraufhin erlassen wurde, wird jetzt durch Ausnahmebestimmungen durchlöchert. Ich empfehle der Regierung dringend, sich die Beschlüsse der arbeiterstatistischen Kommission genau anzusehen. Wenn diese Kommission in dem Geiste weiter arbeitet wie in der letzten Zeit, so wird ihr Kredit in unseren Reihen bald schwinden.

Staatssekretär Dr. Graf **v. Posadowsky:** Gewiß wird es unter den Heimarbeitern in Thüringen manche Leute geben, die so einseitig ausgebildet sind, daß jeder sofort sieht: der Mann paßt für eine andere Arbeit nicht mehr. Aber ich glaube doch, daß die jüngeren Leute sehr wohl im Stande sein würden, sich anderen, lohnenden Erwerbszweigen zuzuwenden. — Es ist eine Thatsache, daß, je schärfere Arbeiterschutzmaßregeln wir für die Fabriken schaffen, um so größer die Neigung wird, die Hausindustrie noch weiter auszudehnen. Aber eben deshalb beabsichtigen wir, auch für das Hausgewerbe Schutzverordnungen zu erlassen. In den nächsten Tagen wird im Reichsamt des Innern die Verordnung fertig gestellt werden betreffend die Anwendung der Vorschriften der Gewerbeordnung zunächst für Motorwerkstätten, dann auch für die Cigarrenindustrie. Man muß dabei aber außerordentlich vorsichtig sein. Es handelt sich um jahrhundert alte Einrichtungen. Wenn wir da zu rücksichtslos vorgehen, so schaden wir den Leuten mehr, als wir ihnen nützen.

Abg. **Hoch** (Soz.) bringt Mißstände in der Edelmetallindustrie zur Sprache, die von den Unternehmern wie von den Arbeitern in gleicher Weise empfunden werden. Es sei dahin gekommen, daß für diese Industrie überhaupt keine Lehrlinge mehr zu haben seien, weil die Arbeitszeit in manchen Perioden des Jahres grenzenlos ausgedehnt wird, während sie in anderen Perioden fast zu kurz sei. Krankheit und Siechthum sei häufig die Folge dieser ungesunden Regelung. Es sei dringend zu wünschen, daß die Gesetzgebung hier eingreife und daß zuvor die arbeitsstatistische Kommission mit Erhebungen beauftragt werde.

Beim Kapitel „Statistisches Amt" spricht

Abg. **Rösicke** (wildlib.) seine Freude darüber aus, daß die Ergebnisse der im Jahre 1895 stattgehabten Berufs- und Gewerbezählung nunmehr im Druck erschienen seien. Es handele sich hierbei um ein Werk, das 18 große Quartbände mit 10 000 Seiten umfasse, dessen den Druckereien übermitteltes Material nicht weniger als 6000 Centner gewogen habe. Das Werk, das hier zu Stande gekommen sei, überrage jede gleichartige Arbeit in allen anderen Ländern der Welt. Noch keine Gewerbestatistik sei mit einem ähnlichen Maße von Exaktheit und Vollständigkeit aufgenommen worden. Es sei darin auch bereits ein gutes Stück Produktionsstatistik enthalten, nach der sich Arbeitgeber und Arbeiter richten könnten. Auch im Auslande finde diese Leistung allgemeine Anerkennung, und wir hätten allen Anlaß, darauf stolz zu sein. (Beifall.)

Abg. Dr. **Hitze** (Ctr.) schließt sich dem Vorredner an; auch er würdige das große Werk vollkommen und habe es bereits bei seinen Studien mit reichem Erfolge benutzt. Er weise nur darauf hin, daß auch der sozialistische Schriftsteller Bernstein seine von einzelnen Lehrern der Partei abweichenden Anschauungen auf diese statistische Arbeit gestützt habe.

Abg. **Thiele** (Soz.) bemängelt die Statistik über Strikes und Aussperrungen. Die Fragebogen seien ganz verfehlt angelegt. Die Strikestatistik sei von äußerster Wichtigkeit, denn sie führe zur Erkenntniß der Ursachen der einzelnen Strikes und gebe Mittel an die Hand, die Abstellung der strikeerregenden Mißstände vorzubereiten. Es sei daher verwunderlich, warum man gerade der Strikestatistik noch immer keine genügende Aufmerksamkeit schenke. Der Arbeiter habe das Recht, durch Strikes seine wirthschaftlichen Verhältnisse zu verbessern. Man müsse also mit den Strikes als einem gegebenen Faktor im wirthschaftlichen Leben rechnen und dürfe sie nicht mit so unvollständiger, lückenhafter und einseitiger Statistik abthun, wie es bisher geschehen sei.

Direktor **von Woedtke:** Auf die Behauptung des Vorredners, der Arbeiter habe das Recht, durch Strikes seine wirthschaftliche Lage zu verbessern, habe ich keinen Anlaß näher einzugehen. Ich stelle nur fest, daß sehr viele Strikes nicht wirthschaftlicher Natur sind, sondern lediglich zur Austragung von Machtfragen begonnen werden. Die Vorwürfe gegen unsere Strikestatistik sind unbegründet. Eine vollständige Statistik können wir noch gar nicht haben, denn sie ist erst am 1. Januar 1899 begonnen und soll

nach den geltenden Bestimmungen in der Weise gehandhabt werden, daß vierteljährlich eine summarische Uebersicht und nach Ablauf des Jahres erst das vollständige Jahresergebniß veröffentlicht wird. Wir haben heute erst den 13. Januar, und in den verflossenen wenigen Tagen des neuen Jahres konnte die Arbeit natürlich noch nicht fertig gestellt werden. Was die bisherigen Veröffentlichungen anlangt, so hat selbst ein sozialdemokratisches Blatt zugegeben, daß sie vollständiger sind, als die Gewerkschaften. Der Vorwurf der Einseitigkeit trifft auch nicht zu, denn es ist die ausdrückliche Anweisung erteilt, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Weise bei der statistischen Aufnahme zu hören, um ein möglichst richtiges Bild zu erhalten.

Abg. **Schrader** weist auf die Nothwendigkeit einer ausführlichen Strikestatistik hin und empfiehlt die Methode, die man in den Vereinigten Staaten angewendet hat.

Beim Kapitel „Reichsgesundheitsamt" wünscht

Abg. **Schrempf** (kons.) Auskunft über den Stand der Bekämpfung der Viehseuchen. Alle bisherigen Mittel hätten nichts genutzt, so daß viele Besitzer meinten, es sei besser, gar nichts zu thun und den Viehbestand ruhig verseuchen zu lassen. Nach Zeitungsnotizen sollte ein Professor eine Impfung erfunden haben, er bitte um Mittheilung, ob sich diese Impfung bewährt habe.

Staatssekretär Dr. Graf **v. Posadowsky**: Man kann gegen die Maul- und Klauenseuche aktive und passive Maßregeln anwenden. Die passiven Maßregeln bestehen darin, daß man gesunde Thiere gegen die Ansteckung von der Seuche schützt, indem man sie von den kranken Thieren abschließt. Die aktiven Maßregeln bestehen in der Impfung der kranken Thiere. Hier hat Professor Löffler eingehende Untersuchungen angestellt. Er hat bereits das Versuchsthier, nämlich das Schwein, gefunden. Der Kern der Frage ist jetzt der, festzustellen, welches Quantum virus, d. h. Giftstoff, man dem Serum zusetzen muß. Hierüber sind die Forschungen des Professors Löffler noch nicht abgeschlossen, er ist aber auf dem besten Wege, die Frage zu lösen. Ich bitte den Herrn Abg. Schrempf, sich noch einige Zeit zu gedulden.

Abg. **Weißenhagen** (Ctr.) bemerkt, daß seit 15 Jahren alle gegen die Seuche angewandten Mittel keinen Erfolg gehabt hätten. So lange man nicht die Ursache der Seuche erkannt habe, würde man auch nichts erreichen. Deshalb sollte man auch die Absperrungsmaßregeln, unter denen die Landwirthe, namentlich die kleinen, schwer litten, einfach fallen lassen und den betreffenden Paragraphen des Seuchengesetzes ändern.

Abg. Fürst **zu Inn und Knyphausen** (kons.) bemerkt, daß die Serum-Impfungen sich bisher durchaus noch nicht bewährt hätten, ja sogar den Menschen gefährlich werden könnten. So seien Kinder, die geimpfte Kühe gemolken hätten, gleichfalls an der Seuche erkrankt. Er bitte den Staatssekretär, der wichtigen Frage der Seuchenbekämpfung fortgesetzt sein Augenmerk zu schenken. Der Bazillus der Maul- und Klauenseuche sei noch immer nicht entdeckt.

Abg. Graf **von Posadowsky**: Die Landwirthe, die von der Seuche betroffen werden, wünschen keine strengere Maßregeln, die anderen, deren Viehbestand frei geblieben ist, verlangen dagegen möglichst strenge Maßregeln. Zwischen beiden Richtungen muß man die Mitte halten. Ob die Versuche, von denen ich vorhin sprach, Erfolg haben werden, kann ich natürlich nicht sagen, die Gelehrten hoffen es jedoch. Die Sperrmaßregeln sind lediglich Sache der Polizei, die Herren, die sich darüber beschweren, mögen sich also an die eigene Landespolizei wenden.

Abg. **Müller**-Sagan (fr. Vp.) weist auf den Nutzen der biologischen Abtheilung im Reichsgesundheitsamt zur Bekämpfung von Schädlingen aus der Thier- und Pflanzenwelt hin.

Zum Kapitel „Patentamt" beantragt

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (fr. Vp.), die verbündeten Regierungen um Herabsetzung der Patentgebühren zu ersuchen. Deutschland habe die höchsten Patentgebühren in der ganzen Welt. 80 bis 85 Prozent aller Patente erlöschen bereits nach drei Jahren weil die armen Erfinder die Gebühren nicht erschwingen können. Auch die Erledigung der Patentgesuche geht zu langsam vor sich. Namentlich in der chemischen Industrie bestehen große Mißstände in dieser Hinsicht.

Staatssekretär Graf **v. Posadowsky**: Daß Deutschland die höchsten Gebühren nimmt, trifft nicht zu. Man darf auch nicht vergessen, daß die deutschen Patente sich in der ganzen Welt des höchsten Ansehens erfreuen. Wenn die Patenteintragungen zurückgehen, so liegt das daran, daß man mit der zunehmenden Erkenntniß viel öfter als früher merkt, daß das Patent garnicht neu ist. Die Patentgebühren sollen so bemessen sein, daß auch ein gewisser Schutz gegen unberechtigte Patentanmeldungen geschaffen ist. Daß sie nicht zu hoch sind, ergiebt sich aus der fortgesetzt zunehmenden Zahl der Patentanmeldungen. Eine Herabsetzung der Gebühren empfiehlt sich nicht, viel besser wäre es, den Stand der Patentanwälte zu reformiren.

Abg. **Möller** (nl.) vermißt die genügende Sorgfalt bei der Vorbereitung von Patentanmeldungen. Sehr oft lassen solche Anmeldungen an Sachlichkeit viel zu wünschen übrig. Dem Antrage Müller, der ganz unerwartet hier hereingeplatzt sei, könne er vorläufig nicht zustimmen. Redner bittet um Gehaltserhöhung der technischen Beamten und Rangänderung derselben im Hinblick auf den Rang der juristischen Beamten.

Hiermit schließt die Debatte.

Die Abstimmung über den Antrag Müller wird bis zur dritten Lesung ausgesetzt.

Das Haus vertagt sich sodann auf Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Berathung des Etats des Reichsamts des Innern, erste Lesungen der Gesetzentwürfe betreffend die Konsulargerichtsbarkeit und betreffend die Patentanwälte.

Schluß 5¾ Uhr.

Verantwortlicher Redacteur Felix v. Eckardt,
Druck u. Verlag der Badischen Landeszeitung G. m. b. H. in Karlsruhe.

Amtliche Nachrichten.

Mitteilungen aus dem Bereiche des Schulwesens.

Versetzungen und Ernennungen:

A. An Mittelschulen:

Albert Kreuzer, Lehramtspraktikant, vom Realgymnasium in Mannheim zur Stellvertretung an das Gymnasium in Freiburg. Viktor Rehm, Lehramtspraktikant, von der Höheren Bürgerschule in Bühl an das Realgymnasium in Mannheim. Friedrich Stachel, Lehramtspraktikant, vom Progymnasium in Donaueschingen an das Gymnasium in Konstanz. Edmund Ernst, Realschulkandidat und Unterlehrer in Mannheim, zur Stellvertretung an die Höhere Mädchenschule daselbst. Siegfried Rahner, Unterlehrer in Mannheim, zur Stellvertretung an die Realschule in Wiesloch. Sophie Löffler, Lehrerin am Töchterinstitut Bühler in Pforzheim, zur Lehrstelleverwaltung an die Höhere Mädchenschule in Mannheim.

B. An Volksschulen:

Jakob Huck, Unterlehrer, von Langenschiltach nach Reichenbach, A. Triberg. Wilhelm Kirner, Unterlehrer in Nordrach, als Schulverwalter nach Wagenschwend, A. Eberbach. Arthur Latterner, Hilfslehrer, von der Höheren Bürgerschule in Rheinbischofsheim nach Schonach, A. Triberg. Friedrich Ruderer, Unterlehrer, von Oberbühlerthal nach Nordrach, A. Offenburg. Lothar Schenkel, Hilfslehrer in Unteralpfen, A. Waldshut, wird Schulverwalter daselbst. Fritz Schneider, Unterlehrer in Reichenbach, A. Triberg, als Schulverwalter nach Hornberg, A. Triberg. Bernhard Strigel, Schulkandidat, als Unterlehrer nach Klengen, A. Villingen. Eugen Vilgis, z. Zt. Schulverwalter in Weier, A. Offenburg, wird Hauptlehrer daselbst. Karl Winter, Schulverwalter in Geisingen, A. Donaueschingen, wird Unterlehrer daselbst. Ludwig Wipf, Hilfslehrer in Altenheim, als Schulverwalter nach Blankenloch, A. Karlsruhe.

Theater und Musik.

* **Das Theaterhausgesetz**, dessen obligatorische Einführung durch den Deutschen Bühnen-Verein schon beschlossen war und dessen drakonische Bestimmungen das unliebsamste Aufsehen und scharfen Widerspruch in den beteiligten Kreisen hervorgerufen hat, ist so gut wie zurückgezogen worden. In der Generalversammlung des deutschen Bühnen-Vereins zu Hannover am gestigen Tage (12. Januar) wurde, wie uns vom Präsidenten des Deutschen Bühnen-Vereins, Graf v. Hochberg, mitgeteilt wird, der Beschluß auf obligatorische Einführung des Theaterhausgesetzes dahin abgeändert,

1. daß dessen Beibehalung in das Belieben jedes einzelnen Bühnendirektors gestellt wird;
2. für die Anstellungsverträge bleiben nur noch die Bestimmungen über den Vertragsbruch und einstweilen die über das Schiedsgericht obligatorisch;
3. sollte die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger die Aufhebung des obligatorischen Charakters des gemeinschaftlichen Bühnenschiedsgerichts in Antrag bringen, so wird dem stattgegeben werden und das Präsidium für diesen Fall mit der Durchführung der dazu erforderlichen Maßnahmen betraut.

Patentbericht für Baden

mitgeteilt von dem Internationalen Patentbureau C. Kleyer in Karlsruhe (Baden).
Filiale: Mannheim C. 2. 7.

Auskünfte ohne Recherchen werden den Abonnenten dieser Zeitung bei Einsendung der Frankatur gratis erteilt.

a) Patent-Anmeldungen.

H. 11 879. Geruchsverschluß mit zwecks Verhütung des Absaugens des Verschlußwassers sich selbst regelnder Lötlampe. Zus. z. Patent 100 347. P. u. J. Heinz, Pforzheim. Vom 31. Oktober 1899 ab.

b) Gebrauchsmuster-Eintragungen.

Nr. 127 228. Haarbinder. Otto Kesel, Mannheim T 1, 1. Vom 6. Dezember 1899. ab. — Nr. 127 399. Doppelklavierstuhl mit verschließbarem Notenbehälter. J. Witz, Karlsruhe, Werderstraße 87. Vom 16. November 1899 ab. — Nr. 127 372. Elektrischer Thüröffner. F. Billinger und Karl Gerstmann, Freiburg i. Br. Vom 11. Dezember 1899 ab.

Verantwortlicher Redakteur: Felix v. Eckardt,
für Reklamen und Inserate: Ludwig Lorbach, beide in Karlsruhe.

Levantehandel und Orientreisen. Die Deutsche Levante-Linie in Hamburg hat zur Jahrhundertwende für ihre Geschäftsfreunde ein allerliebst ausgestattetes „Handbuch 1900" anfertigen lassen. Der reiche Bilderschmuck in feinster typographischer Ausführung führt den Leser durch die interessanten Länder, welche die rasch aufstrebende hamburgische Gesellschaft bedient. Den Hafenbildern von Hamburg, Rotterdam und Antwerpen, wo die verschiedenen Linien der Reederei ihren Ausgang nehmen, reihen sich sprechende Illustrationen aus Algier, Malta, Aegypten, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Rumänien, Rußland bis hinauf zum buntbevölkerten Tiflis an. Schritt um Schritt mit dem Bilderschmuck entwickeln sich die ausführlichen Mitteilungen über den Dienst der Gesellschaft. Erst vor 10 Jahren mit 4 Schiffen gegründet, verfügt die Deutsche Levante-Linie heute über 20 erstklassige Dampfer; während sie im Jahre 1890/91 nur 24 Reisen machen konnte, führte sie 1899 im Ganzen 81 Reisen aus. Aus der „Einführung" des Handbuches sei an besonders erfreulichen Neuerungen im letzten Jahre die Aufnahme der Schwarzmeer- und Asow'schen Häfen sowie die der Küsten von Palästina und Syrien in den regelmäßigen Dienst der Linie hervorgehoben, für welche auch der für den deutschen Orienthandel so vorteilhaft wirkende „Tarif des Deutschen Levante-Verkehr über Hamburg seewärts", bekanntlich eine Kombinierung direkter Land- und Seefracht von allen deutschen Eisenbahnstationen nach den Hafenplätzen des Orients, eingeführt worden ist. Auch der Exkursionsdienst, welchen die Deutsche Levante-Linie im vergangenen Jahr mit ihren Expreßdampfern erfolgreich aufgenommen hat, findet im begonnenen Jahr nach dem mitgeteilten Programm weitere Ausdehnung und besondere Pflege. Interessenten wird die hübsche Broschüre kostenlos zugesandt.

Steigerungs-Ankündigung.

Infolge richterlicher Verfügung wird den **Karl Schreiber**, Wirtseheleuten in **Karlsruhe** am
Mittwoch den 31. Januar 1900, nachmittags 2 Uhr,
in der Turnhalle der hiesigen Leopoldschule, **Leopoldstraße Nr. 9**, nachbeschriebenes Anwesen öffentlich zu Eigentum versteigert, wobei der Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis oder mehr geboten wird.

R. H. B. XVI. 3204.

Das in der Werderstraße dahier unter Nr. 40 einers. neben Metzgermeister Christian Kappes, anders. neben Kaufmann August Steinmann gelegene vierstöckige Wohnhaus mit Quer- und Seitengebäuden samt aller liegenschaftlicher Zugehörde einschließlich des Grund und Bodens, gerichtlich geschätzt zu 45,000 M. Fünfundvierzigtausend Mark.

Die weiteren Steigerungsbedingungen können in meinem Geschäftszimmer — Kaiserstraße 70 — eingesehen werden.

Karlsruhe, den 22. Dezember 1899.
Großh. Notar.
Heß. 220.2.1

Dampfbäder, Halbbäder, kalte Abreibungen, Massage, 26—28
Elektrisch-Lichtbäder, kohlensaure Bäder, Fango-Behandlungen, 60 Wannenbäder
1ter, 2ter, 3ter Klasse.
Friedrichsbad
136 Kaiserstrasse 136.

Das
Lob, welches ich täglich von meiner langjährigen, treuen Kundschaft über den von mir in hiesiger Stadt allein in den Handel gebrachten **Cognac** mit dem roten Kreuz höre, ist das beste
Urteil
über die vorzügliche gute Qualität dieser Ware.
Der viel teuere franz. Cognac
ist
durch meine Marke vielfach verdrängt; da mein **Cognac** selbst den verwöhntesten Kennern am besten
gefällt.
Um Jedermann dienen zu können, habe den **Preis sehr billig gestellt.**
Ganze Flasche Mk. 2.—.
Cognac, zuckerfrei, ganze Flasche Mk. 3.—, vorzügl. für Reconvalescenten und Zuckerkranke. 5027.8.7
J. Klusterer,
Karlsruhe, **Kaiserstrasse 100.**

Stellenvermittlung
für Kaufleute durch den **Verband Deutscher Handlungsgehülfen.**
Geschäftsstelle Karlsruhe bei **Georg Wahl**, Kaiserstr. 217, erfragen.
Jahresbeitrag 3 Mark. 12.13.2

Zur Ballsaison
empfiehlt
feinsten Reisblumen- und Fettpuder
in **weiß, rosa** und **gelb**,
Haarpuder
Gold, Silber u. Diamant,
sowie sämtliche Sorten
Race- und Teint-schminken, Puderdosen u. -Quasten.
Luise Wolf Wwe.,
4 Karl-Friedrichstr. 4.
Niederlage sämtlicher Erzeugnisse von **F. Wolff & Sohn.** 304.3.1

Georg Oehler,
Hofkonditor.
Fabrikation feiner Bonbons und Chokoladedesserts.
Thee- und Kaffee-Salon.
Karlsruhe,
Herrenstrasse 18
(nächst der Kaiserstraße),
122.— **Telefon Nr. 352.**

Hauptniederlage bei:
August Klingele,
Amalienstr. 71, Ecke d. Leopoldstr.
Telephon 671. 7040.

Gegen
kalte Füsse 6388
schützt man sich am wirksamsten durch Strümpfe aus holsteinischem **Eiderwollgarn.** Dieses vorzügliche, **nicht einlaufende** Strickgarn liefert auch an Private per Pfund **M. 2.—, M. 2.50, M. 3.—** und teurer unter Nachn. die
Wollgarnspinnerei Heinr. Köster, Rendsburg 12 a. d. Eider.
Muster franco. Garantie: Zurückn.

Julius Hoeck
Kriegstr. 6 u. Kaiserstr. 102.
Telephon 74. 5416.12.
Badische, Pfälzer, Rhein- u Moselweine,
im Faß pr. Liter **45, 50, 60 u. 80 Pf.** bis zu den feinsten, nur in Flaschen gelagerten Qualitäten.
Grosses Lager
direkt importierter Bordeaux- u. Südweine, Cognac ꝛc.
Schaumweine
erster deutscher u. franz. Häuser.
Spezialität:
Krankenweine und Markgräfler Schaumweine,
mit goldener Medaille prämiiert.

Patente
Gebrauchsmuster, Warenzeichen, Musterschutz, Patentprozesse, Gutachten besorgen
H. & W. PATAKY
Frankfurt a/M. Kaisersln. 1
Centrale: Berlin N.W. 6
Gegründet 1882.
226.52.7

Sämtliche
Fahrrad-Reparaturen,
sowie 10.0.15.9
Vernickeln u. Emaillieren
werden prompt und bestens besorgt in eigener Werkstätte.
Patria-Fahrrad-Vertrieb
G. m. b. H.,
Kaiserstr. 161. Kaiserstr. 193.
Telephon 583.

Alle kleinen Anzeigen
deren Aufgeber unbekannt bleiben wollen, wie beispielsweise bei:
Stellengesuchen u. Angeboten
An- und Verkäufen
Vermiethungen
Verpachtungen
Capitalgesuchen u. Angeboten
etc. etc.
übernimmt unter strengster Discretion zum billigsten Preis in die für die betreffenden Zwecke jeweils bestgeeignetsten Zeitungen die Centr.-Annoncen-Expedition von ***G. L. Daube & Co.****)
Die unter Chiffre G. L. Daube & Co. einlaufenden Offertbriefe werden am Tage des Eingangs den Inserenten zugesandt.
Centralbureau in Frankfurt a. M.
Kaiserstr. 8, 10 u. 10a.
2515.—17

Heirat. **Zum Neujahr (Ausw. colossal).** Send. Sie nur Adr. Sofort erhalten Sie 400 reiche, reelle Partien, a. Bild z. Auswahl. **Reform, Berlin 14.** 103.13.7